

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht	Nuspliger	Einwohnergemeinde Thun ist Eigentümerin einer Parzelle. Sie räumt der Konstrukta AG ein Baurecht ein. 3 Monate später findet der archäologische Dienst eine Siedlung aus der Bronzezeit auf der Parzelle. ERZ verpflichtet Gemeinde CHF 0.5 Mio. an die entsprechenden Untersuchungen zu bezahlen. Gemeinde will sich wehren. Was machen Sie als Anwalt der Gemeinde?	Versucht, dass die Gemeinde so wenig wie möglich bezahlen muss.
		Was hat die ERZ rechtlich gemacht?	Es müsste eine Verfügung sein, da die Gemeinde verpflichtet wurde. Die Anordnung erging von einer Behörde, der ERZ. Weiter werden Pflichten geregelt, gestützt auf das öffentliche Recht.
		Worauf stützt sich ERZ?	Denkmalpflegegesetz. Es handelt sich um einen Fund, der unter dieses Gesetz fällt. Der Begriff ist in Art. 2 definiert. In Art. 24 ist die wissenschaftliche Untersuchung geregelt. Die Kosten dafür trägt der Kanton, die Gemeinde beteiligt sich mit 10-50%, wenn die Parzelle in ihrem Eigentum steht und sie die Untersuchung veranlasst hat.
		Gemäss Abs. 1 nur wenn Stätte nicht erhalten wird, sondern untersucht und dokumentiert wird. Wird hier gemacht. Was sind die Voraussetzungen, dass die Gemeinde bezahlen muss.	Die Beteiligung erfolgt nach den finanziellen Möglichkeiten der Gemeinde. Möglich ist eine Beteiligung bis 50%. Das wird hier vollständig ausgeschöpft. Es wäre zu prüfen, ob die Gemeinde hier die finanziellen Möglichkeiten hat und es sollte die Verordnung konsultiert werden.
		Für den Anwalt der Gemeinde gibt es zwei Strategien, eine maximale Strategie und eine subsidiäre. Die zweite wäre, wenn die Gemeinde nur noch CHF 100'000.00 bezahlen müsste. Was wäre die maximale Strategie?	Dass gar nichts bezahlt werden muss. Eine Voraussetzung ist, dass das Grundstück im Eigentum der Gemeinde steht. Müsste argumentieren, dass das Eigentum nicht mehr bei der Gemeinde ist, da ein Baurecht besteht.
		Was ist ein Baurecht?	Eine Dienstbarkeit.
		Gemeinde hat also Eigentum. Was können wir sonst noch machen?	Darlegen, dass die Untersuchung nicht von der Gemeinde verursacht wurden, sondern durch die Tätigkeiten der Konstrukta AG.
		Wäre dies ein tauglicher Versuch?	Nein, da der Konstrukta AG das Baurecht zu diesem Zweck eingeräumt wurde.
		Hat die Gemeinde die Untersuchung verursacht?	Wahrscheinlich schon, da sie das Baurecht übertragen hat. Dies hatte nur den Zweck die Liegenschaft zu überbauen.
		Wenn die Gemeinde die Untersuchung verursacht haben soll, muss Möglichkeit bestehen, sie nicht verursacht zu haben. Hat die Gemeinde gewusst,	Ich nehme an, dass sie es nicht gewusst hat.

		<p>dass eine Stätte besteht?</p> <p>Wenn sie es gewusst hätte und trotzdem Baurecht eingeräumt hätte, müsste sie sich beteiligen. Wusste aber nichts davon, als sie Baurecht eingeräumt hat, insbesondere befand sich die Parzelle in keinem Inventar. Thun ist nicht beitragspflichtig. Welche Instanz ist jetzt zuständig?</p> <p>Eine kleine Gemeinde im Kanton Bern möchte sich mit Murten zusammenschliessen und zum Kanton Fribourg wechseln. Welche rechtlichen Voraussetzungen müssen für die Fusion erfüllt sein?</p> <p>Handelt es sich hier um eine Grenzkorrektur?</p> <p>Ist das Gemeindegesetz hier eine taugliche Grundlage?</p> <p>Es braucht eine obligatorische Volksabstimmung auf kantonaler Ebene. Was braucht es auf kommunaler Ebene?</p> <p>Was ist betreffen Wechsel in Kanton Fribourg der Gegenstand der Abstimmung im Kanton Bern.</p> <p>Über was wird abgestimmt? Was braucht es?</p> <p>Es gibt ein bestimmtes Objekt, das Fribourg und Bern betrifft. Welches?</p>	<p>Wird haben eine Verfügung der ERZ. In Denkmalpflegegesetz keine Bestimmungen zur Rechtspflege. Richtet sich nach VRPG. Zuständig ist – Ausnahmen vorbehalten - das Verwaltungsgericht.</p> <p>Es stellt sich die Frage der Kantonsgebietveränderung. Diese untersteht gemäss Art. 61 Abs. 1 lit. d KV der obligatorischen Volksabstimmung.</p> <p>Nein. Für Gemeindefusionen befinden sich die Grundlagen im Gemeindegesetz. Hier geht es aber um Fusion in zwei Kantonen.</p> <p>Nein. Murten müsste auch zustimmen. Müsste in Fribourg auch eine gesetzliche Grundlage haben. Man kann die Fusion Murten nicht aufzwingen.</p> <p>Die Zustimmung der Gemeinde in einer kommunalen Abstimmung.</p> <p>Gebietsverlust.</p> <p>Stimmt über Fusion ab, die ein Gebietsverlust ist.</p> <p>Genehmigung der interkantonalen Vereinbarung.</p>
--	--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Grädel	Meier wird von GP Müller, RGBM, der sexuellen Nötigung frei gesprochen und der Vergewaltigung schuldig gesprochen. Das Strafmas beträgt 22 Monate. Die Privatklägerin legt Berufung ein und verlangt 24 Monate.	Das Gericht wird nicht eintreten. Die Privatklägerin hat kein schutzwürdiges Interesse über die Sanktionshöhe.
		Weshalb hat sie keine Legitimation?	Sie hat vollständig obsiegt. Sie hat keinen erheblichen Nachteil bezüglich der Strafe.
		Mit welcher Begründung hat der Gesetzgeber der Privatklägerin ein solches Interesse abgesprochen?	Es ist grundsätzlich Sache des Staates, Sanktionen festzulegen.
		Wie würden Sie als Verfahrensleiter verfahrensmässig vorgehen?	In Art. 379 ff. StPO, Rechtsmittel, nachschauen. Es ist explizit geregelt, dass Privatklägerin nicht anfechten kann. Würde daher sofort einen Nichteintretensentscheid fällen und die Berufung der Gegenseite gar nicht zustellen.
		Was ist mit dem rechtlichen Gehör?	Wenn es offensichtlich ist, kann sofort nichteingetreten werden. Der Beschuldigte hat nur Vorteile.
		Was ist mi Art. 423 Abs. 2 StPO?	Gibt den Parteien Gelegenheit zur Stellungnahme.
		Angenommen sowohl der Beschuldigte als auch die Staatsanwaltschaft haben eigenständig Berufung eingelegt. Ersterer will einen Freispruch, zweiter will zusätzlich eine Verurteilung wegen sexueller Nötigung. Wie ist hier als Verhandlungsleiter vorzugehen?	Es werden nur die angefochtenen Punkte geprüft. Was von beiden nicht angefochten wird, wird rechtskräftig. Die Berufungen werden der Gegenpartei zugestellt, mit der Aufforderung Stellung zu nehmen.
		Zu was?	Zu den Anträgen der Gegenseite. Sie werden auch aufgefordert, Beweisanträge zu stellen.
		Innert welcher Frist?	20 Tage.
		Welche Nichteintretensgründe gibt es?	Art. 403 StPO. Zu spät eingereicht, fehlende Prozessvoraussetzungen.
		Es gibt noch eine zweite Aufforderung von der Berufungskammer innert der gleichen Frist. Welche?	Neue Beweisanträge.
		Anschlussberufung. Was passiert, wenn der Beschuldigte nach der Berufungsanmeldung verstirbt?	Eine Prozessvoraussetzung fällt dahin. Das Verfahren wird eingestellt.

	<p>Was kann mit der Anschlussberufung geltend gemacht werden?</p> <p>Was passiert, wenn die Hauptberufung zurückgezogen wird?</p> <p>Mach dies in casu für den Beschuldigten Sinn? Kann er Verfahren ausweiten?</p> <p>Und bei Staatsanwaltschaft?</p> <p>Was passiert mit den erstinstanzlichen Kosten/Entschädigungen, wenn er wieder freigesprochen wird?</p> <p>Könnte die Staatsanwaltschaft ein Interesse daran haben, vor dem Obergericht wenigstens die Kosten aufzuerlegen und keine Entschädigung zu sprechen?</p> <p>Macht es für die Privatklägerin Sinn, mit einer Anschlussberufung das Verfahren auszuweiten, wenn sie vor der ersten Instanz betreffend Schadenersatz und Genugtuung nicht alles erhalten hat, was sie gefordert hat?</p> <p>Kann die Staatsanwaltschaft bei einem allfälligen Schuldspruch wegen sexueller Nötigung 28 Monate verlangen, wenn sie vor der ersten Instanz 24 Monate gefordert hat?</p> <p>Wo liegt dabei ein markantes Problem?</p> <p>Was muss Oberinstanz beachten?</p>	<p>Ist keine selbständige Anfechtung (Art. 295 StPO). Man kann die Abänderung des ganzen erstinstanzlichen Urteils beantragen. Es handelt sich um ein taktisches Instrument der Staatsanwaltschaft. Könnte Beschuldigten davon abhalten, Berufung zurückzuziehen.</p> <p>Die Anschlussberufung fällt dahin.</p> <p>Nein, beinhaltet schon einen vollständigen Freispruch.</p> <p>Diese will Verurteilung für beide Delikte. Es kann Gegebenheiten geben, bei denen es sinnvoll ist. Wussten bei Berufung noch nicht, dass Beschuldigter auch Berufung einlegt. In casu wäre es nicht sinnvoll.</p> <p>Könnte die Kosten für das erstinstanzliche Verfahren nicht auferlegen und hätte für zweitinstanzliches Verfahren Entschädigung zu Gute.</p> <p>Sie könnte dies mit einer Anschlussberufung geltend machen.</p> <p>Auch Zivilansprüche können geltend gemacht werden.</p> <p>Vor der ersten Instanz wurde die sexuelle Nötigung auch schon geltend gemacht. Staatsanwaltschaft fordert jetzt aber mehr als vor der ersten Instanz. Das widerspricht sich.</p> <p>Die einzelrichterliche Kompetenz würde nicht eingehalten. Der Einzelrichter ist nur bis 24 Monate zuständig.</p> <p>Keine Strafe über 24 Monate auszufällen.</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG	Brönnimann	Wir haben geschiedenes Ehepaar. Haben Konvention mit Güterrecht und Alimenten abgeschlossen. EM stellt später fest, dass EF CHF 1 Mio. Vermögenswerte verheimlicht hat. Sie vertreten EM.	Geht um Anpassung einer genehmigten Scheidungskonvention. Diese tritt mit Genehmigung durch Gericht in formelle Rechtskraft. Bei grundlegender Änderung der Verhältnisse kann man sie jedoch anpassen lassen (Art. 129 ZGB).
		Ist das unser Fall? Geht im Artikel um Alimente bei erheblicher dauernder Veränderung.	Die Verhältnisse haben sich nicht verändert, der Vermögenswert wurde nur verschwiegen. Es ist die Revision zu prüfen. Diese befindet sich bei den Rechtsmitte in Art. 328 ZPO. Das Güterrecht und der Ehegattenunterhalt untersteht der Dispositionsmaxime. Die Scheidungskonvention ist ein gerichtlicher Vergleich gemäs Art. 328 Abs. 1 lit. c ZPO. So könnte man das Scheidungsurteil kippen. Wäre ev. auch über die absichtliche Täuschung, Willensmängel in Art. 28 OR möglich. Der Vertrag ist dann nicht verbindlich. Es braucht dafür eine Täuschungshandlung.
		Ist Verschweigen eine Handlung?	Das müsste geprüft werden. Die Ehegatten haben Aufklärungspflichten. Es war vom EM nicht überprüfbar. Deshalb liegt in casu eine Täuschungshandlung durch Unterlassen vor.
		Wie würden Sie vorgehen?	Die Revision hat keinen Devolutiveffekt. Das Gesuch ist bei der Instanz einzureichen die das Scheidungsurteil gesprochen hat. Wenn sie eintreten, fällen sie einen neuen Entscheid.
		Ist das Gesuch alles?	Es ist eine Frist von 90 Tagen seit Entdecken zu beachten. Muss sich zeitnah ans Gericht wenden.
		Reicht es, wenn der Revisionsgrund geschildert wird?	Da das Gericht einen neuen Entscheid fällen wird, muss EM Rechtsbegehren stellen wie das ursprüngliche Urteil abgeändert werden soll.
		Wann ist ein Vertrag, bei dem eine Partei getäuscht wird, unwirksam?	Art. 19 ff. OR
		Reicht es, dass EM denkt, dass er getäuscht wurde?	Muss bei Gericht belegen, dass es so abgelaufen ist.
		Gibt es auch materiell-rechtliche Fristen bei den Willensmängeln?	Art. 31 OR. Muss schauen, dass der Vertrag nicht als genehmigt gilt. Muss die absichtliche Täuschung gegenüber der EF mit einem Brief an sie geltend machen. Man muss dies binnen Jahresfrist machen. Das Schreiben an die EF kann als Beweismittel verwendet werden.
		Wer ist zuständig, wenn das Obergericht über die Scheidung entschieden hat?	Gemäss Wortlaut des Gesetzes, wer in letzter Instanz entschieden hat. Somit ist das Obergericht für die Revision zuständig.

Datum: 19.12. 2016

Uhrzeit: 09.35

Zimmernummer: 14

		<p>Welche Bestimmung wäre anwendbar, wenn es keinen Vergleich gegeben hätte, sondern eine Kampfscheidung gewesen wäre?</p> <p>Angenommen EM wüsste nicht sicher, dass Geld da ist, hört nur, es wäre ein Trustvermögen vorhanden. Er hat dafür keine Belege. Kann er trotzdem etwas machen?</p> <p>Gibt es sonst noch ein Vehikel, um gerichtlich herauszufinden, was tatsächlich vorhanden ist?</p> <p>Welche Voraussetzung müsste dafür erfüllt sein?</p> <p>Was darf er dabei nicht aus den Augen verlieren?</p>	<p>EM muss anderen Revisionsgrund geltend machen. Wäre lit. a, die nachträglich erheblichen Tatsachen. Es werden somit nur unechte Noven erfasst.</p> <p>Er kann ein Auskunftsbeglehen stellen und neue Beweisanträge stellen.</p> <p>Kann überleben, ob man vorsorgliche Beweisführung nach Art. 158 ZPO machen kann.</p> <p>EM muss ein schutzwürdiges Interesse dahingehend glaubhaft machen, dass ohne diese Beweismittel die Prozesschancen nicht abgeschätzt werden können.</p> <p>Fristen.</p>
--	--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Häberli	X. ist eine natürliche Person, die ein Grundstück an ihre Tochter verkauft und gleichzeitig für sich ein neues Grundstück kauft. Welche steuerrechtlichen Folgen hat das?	Es werden wahrscheinlich keine Einkommenssteuern auf Stufe Bund und Kanton anfallen, da sich das Grundstück wohl im Privatvermögen befindet. Es ist die Grundstücksgewinnsteuer und bei der Tochter die Handänderungssteuer zu prüfen. Das zweite Geschäft würde bei X. keine Grundstücksgewinnsteuer auslösen, sondern nur Handänderungssteuer.
		Wo sind Handänderungssteuern geregelt?	Art. 126 ff. StG
		Und auf Stufe Bund?	In StHG. Bund erhebt keine.
		Könnte der Kanton Bern auf die Erhebung einer Grundstücksgewinnsteuer verzichten?	Nein, da es von StHG vorgegeben ist, dass die Kantone sie vorsehen müssen (Art. 12). Weiter auch Art. 72 StHG massgebend. Das StHG ist direkt anwendbar, wenn der Kanton keine eigenen Bestimmungen hat.
		Wie werden die Grundstücksgewinnsteuern erhoben?	Der Erlös ist CHF 800'000.00. Es kommt auf ihren damaligen Erwerbspreis und auf ihre Anlagekosten an.
		Was gehört zu den Anlagekosten?	Art. 137 Abs. 1 StG. Die Aufwendungen sind in Art. 142 StG geregelt.
		Es gibt zwei Gruppen von Aufwendungen. Welche?	Unterhaltskosten, wertvermehrnde Investitionen.
		Und? Aufwendungen, die untrennbar damit verbunden sind. Es gibt eine wichtige Abgrenzung.	Werterhaltende oder wertsteigernde Aufwendungen. Die werterhaltenden können bei der Einkommenssteuer abgezogen werden, die wertsteigernden vom Erlös bei der Grundstücksgewinnsteuer.
		Die Liegenschaft wurde im Jahr 2002 saniert.	Es stellt sich wegen der Dumont-Praxis die Frage, wie die Sanierungskosten damals abgezogen wurde. Was damals bei den Einkommenssteuern abgezogen wurde, kann nicht noch mal bei der Grundstücksgewinnsteuer abgezogen werden.
		Wie war die Dumont-Praxis?	Die Unterhaltskosten wurden halbiert. Bei Totalsanierung wurde die Hälfte als wertvermehrend damals nicht zum Abzug bei der Einkommenssteuer zugelassen.
		Welches Zeitfenster hat gegolten? Die Liegenschaft wurde im Jahr 2000 gekauft. Wäre es ein Unterschied, wenn die Sanierung erst im Jahr 2008 gewesen wäre?	Ja, es ging nur um sofortige Sanierungen.

Was bedeutete „sofort“ konkret?

5 Jahre.

Die Dumont-Praxis wurde durch das Bundesgericht begründet. Wie wurde sie aufgehoben?

Sie wurde in den Jahren 2009/2010 aufgegeben.

	<p>Wie hoch sind die Anlagekosten, wenn 2002 keine Abzüge bei Einkommenssteuern geltend gemacht werden konnten und CHF 20'000.00 an Auslagen vorliegen.</p> <p>Wie hoch ist der Rohgewinn?</p> <p>Angenommen beim zweiten Weiterverkauf wäre ein Erlös von CHF 650'000.00 entstanden. Was wären die Steuerfolgen?</p> <p>Ist das schon der Grundstücksgewinn?</p> <p>Was ist im Hinblick vom ersten auf den zweiten Grundstückverkauf zu beachten?</p> <p>Wie geht die Regelung genau mit der Besitzesdauer, wenn sie Gewinn gemacht hätte?</p>	<p>Der Erwerbspreis damals war CHF 400'000.00, die Aufwendungen auch CHF 40'000.00 und die Handänderungskosten CHF 20'000.00. Das macht insgesamt CHF 820'000.00 Anlagekosten.</p> <p>Der Rohgewinn ist Erlös minus Anlagekosten, also CHF 800'000.00 minus CHF 820'000.00. Dies ergibt einen Grundstückverlust von CHF 20'000.00.</p> <p>Grundsätzlich resultiert ein Grundstücksgewinn von CHF 90'000.00.</p> <p>Nein, der Rohgewinn. Könnte ev. noch Besitzesdauerabzug machen und Verlust anrechnen. Allenfalls auch Zuschlag aufgrund der kurzen Haltungsdauer, da sofort wieder verkauft wurde.</p> <p>Es hätte sich vom ersten zum zweiten Grundstückkauf um eine Ersatzanschaffung handeln können. In diesem Fall hätte ein Steueraufschub verlangt werden können. Vorliegend hatten wir aber einen Verlust.</p> <p>Art. 144 StG. Kann geltend gemacht werden, wenn mehr als 5 Jahre in Liegenschaft. Hätte vorliegend geltend gemacht werden können. Sie war 16 Jahre in der Liegenschaft, was einen Besitzesdauerabzug von 32% ergibt.</p>
--	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------